

A stylized map of Spain is formed by a grid of dots. Most dots are light gray, but several are colored red, including one in the upper central part and another in the lower right part, possibly representing specific regions or political divisions.

Pedro Sánchez und der Neuanfang der PSOE in Spanien

MICHAEL EHRKE UND CARLOS IRIBARREN

Januar 2015

- Die Wahl Pedro Sánchez' zum Vorsitzenden der PSOE war die Reaktion auf das schlechte Abschneiden der Partei in den Europawahlen, in denen das bisherige Rekordtief der Parlamentswahlen von 2011 noch unterschritten wurde.
- Mit mehr Transparenz und Partizipation wollen Sánchez und der neue Vorstand das Image der PSOE verbessern. So soll der Spitzenkandidat für die Parlamentswahlen nicht von den Parteigremien, sondern in Vorwahlen bestimmt werden, an denen nicht nur PSOE-Mitglieder, sondern auch Sympathisanten teilnehmen dürfen.
- Der politische Diskurs Pedro Sánchez' enthält drei Grundforderungen, nämlich *wirtschaftlichen Wandel*, der in erster Linie mit einer Re-Industrialisierung identifiziert wird, *politischen Wandel*, das heißt vor allem eine konsequentere Bekämpfung der Korruption, und eine *partielle Reform der Verfassung*, die unter anderem auf eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Zentralstaat und autonomen Regionen abzielt.
- Die PSOE bewegte sich seit dem Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie in einem stabilen Zweiparteiensystem, in dem sie sich mit der konservativen Volkspartei (PP) an der Regierung abwechselte. Mit dem Aufkommen von *Podemos*, einer neuen linkspopulistischen Partei, ist dieser stabile Rahmen nicht mehr gegeben. Der PSOE ist ein starker Gegner auf der Linken erwachsen, der die Sozialisten dazu zwingen wird, die politische Auseinandersetzung an zwei Fronten zu führen.



Inhalt

1. Ein neuer politischer Diskurs?	3
1.1 Wirtschaftlicher Wandel	4
1.2 Politischer Wandel	5
1.3 Verfassungsreform	6
2. Eine neue Konstellation der Parteien	7
3. Ausblick: Was wird aus der <i>transición</i>?	8



Im Juli 2014 wurde **Pedro Sánchez** zum fünften Generalsekretär der PSOE gewählt. Der 1972 geborene Volkswirt ist der erste Generalsekretär der PSOE, der nicht von einem Delegierten-Kongress, sondern in Vorwahlen von den Mitgliedern der Partei gewählt wurde (etwa zwei Drittel der Mitglieder nahmen teil). Da die üblichen Delegierten-Kongresse oft mit wenig transparenten Deals zwischen den Provinzgrößen der Partei, den *Varones*, einhergehen, war die Wahl Sánchez' sowohl transparenter als auch partizipativer als die seiner Vorgänger: Alle Mitglieder waren zur Beteiligung aufgerufen und hatten die gleiche Stimme. Transparenz und Partizipation – dies sind die ersten Prinzipien, mit denen Sánchez und die PSOE auf ihre schwerste Krise seit dem demokratischen Übergang, gekennzeichnet durch die schlechten Wahlergebnisse in den Parlamentswahlen 2011 und den Europawahlen 2014, reagierten. Unmittelbar nach dem außerordentlichen Parteikongress vom Juli, der das Resultat der Vorwahlen bestätigte, ließ Sánchez sowohl die Finanzen der Partei als auch die Vermögensverhältnisse der neuen Vorstandsmitglieder offenlegen. Zudem sollen die Spitzenkandidaten der PSOE in den Autonomie- und Gemeindewahlen 2015 sowie vor allem der Kandidat in den nächsten Parlamentswahlen, die zwischen November 2015 und Februar 2016 stattfinden müssen, durch Vorwahlen bestimmt werden, an denen nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Sympathisanten teilnehmen können.

Unmittelbar nach seiner Wahl wechselte Sánchez den 51-köpfigen Vorstand sowie die Führungsgruppen im Kongress, im Senat und im Europäischen Parlament komplett aus. Dieser Führungswechsel war auch gleichbedeutend mit einem Generationswechsel: Die meisten Führungspersonen sind heute zwischen 30 und 40 Jahre alt. Viele der neu in die Parteiführung Berufenen betonten, dass sie nicht aus dem »Apparat« der PSOE kämen – ein indirektes Eingeständnis, dass sie in der PSOE-Bürokratie mit der ihr innewohnenden Trägheit eine Belastung der Partei sehen. Die Partei startete eine Kommunikationskampagne, die den bis dahin weitgehend unbekannten Abgeordneten Pedro Sánchez bekannt machen sollte. Sánchez trat in Fernsehsendungen – etwa in Unterhaltungsshow – auf, die von spanischen Politikern in der Regel nicht aufgesucht werden. Gleichzeitig wurden auf öffentlichen Plätzen offene Versammlungen organisiert, in denen sich Sánchez den Fragen und Meinungen der Mitglieder und Wähler stellte. Und der Tradition der »Volkshäuser« (*Casas del Pueblo*), der Parteilokale also,

die Mitgliedern wie Nicht-Mitgliedern zur Verfügung stehen, wurde ein neuer Impuls versetzt.

1. Ein neuer politischer Diskurs?

Pedro Sánchez hat sich in einer Vielzahl von Reden und Interviews zu Strategie und Programm der PSOE geäußert – einer Partei, die sich schon im Mai 2015 den Regional- und Kommunalwahlen und zwischen November 2015 und Februar 2016 den Parlamentswahlen stellen muss. Diese Äußerungen fügen sich noch nicht zu einem kohärenten Partei- oder Regierungsprogramm zusammen, sie geben aber drei Stichworte vor, die die Partei zusammen mit der Öffentlichkeit und den Vertretern der Medien mit konkreteren Inhalten füllen kann. Die Stichworte sind »wirtschaftlicher Wandel« (*transición económica*), »politischer Wandel« (*transición política*) und »Verfassungsreform«. Es ist bezeichnend, dass die beiden ersten Stichworte auf die »*transición*« zurückgreifen, auf den generell als Erfolg bewerteten Übergang von der Diktatur Francos zur Demokratie. Im engen Sinne bezieht sich *transición* auf die wenigen Jahre zwischen dem Tod Francos 1975 und der Einführung der neuen demokratischen Verfassung 1978. *Transición* kann sich aber auch in einem weiteren Sinne auf die Jahre zwischen 1975 und 2007 beziehen, die Zeit der demokratischen Konsolidierung, des wirtschaftlichen Wachstums und der Europäisierung. Der Begriff, der oft mit einem großen T geschrieben wird, kann als Gründungsmythos der spanischen Demokratie gelten, der auch lange nach dem Übergang im engeren Sinne legitimatorische Kraft enthält – und dessen Strahlkraft Sánchez nutzen will. Gleichzeitig ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich das Paradigma der *transición* mit der Krise erschöpft zu haben scheint und kaum noch taugt, zur Lösung der aktuellen Probleme beizutragen. Denn die lange Zeit der *transición* war eine Zeit der kontinuierlichen materiellen Besserstellung und gesellschaftlichen Emanzipation der Spanier – und vor allem auch Spanierinnen –, die sowohl die individuellen Biographien als auch die Kontinuität zwischen den Generationen betraf. Diese Kontinuität jedoch ist mit der Krise zerrissen. Für einen Großteil der Bevölkerung brachte die Krise materielle Rückschritte (Arbeitslosigkeit, Kürzung von Sozialleistungen, sinkende Löhne und eine Prekarisierung der Beschäftigung), die aller Wahrscheinlichkeit nach irreversibel sind. Und eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent weist darauf hin, dass die junge Generation



voraussichtlich materiell schlechter leben wird als die Generation ihrer Eltern.

1.1 Wirtschaftlicher Wandel

Pedro Sánchez zufolge ist es »notwendig, wie in den achtziger Jahren einen Weg des wirtschaftlichen Übergangs einzuschlagen, der die hohe Verschuldung, die niedrige Produktivität, die hohe Arbeitslosigkeit und die Ungleichheit überwindet«. Es handelt sich um einen Übergang, »der das Produktionsmodell verändert, die Industrie wiederbelebt, auf das Humankapital setzt und die Energiepolitik verändert«.

Implizit verweist die geforderte *transición económica* auf die Pakte von Moncloa vom Oktober 1977, in denen sich auf Initiative der Regierung Adolfo Suárez die Vertreter aller politischen Parteien, von der Alianza Popular bis hin zu den Kommunisten, auf wirtschaftliche und politisch-rechtliche Grundsätze einigten, die auch Eingang in die Verfassung von 1978 fanden. Die Pakte wurden auch vom Unternehmerverband CEOE und den Gewerkschaften UGT und Comisiones Obreras unterstützt. Mit den Pakten wurden unter anderem die Konsolidierung des Staatshaushalts, die Begrenzung des Lohn- und Preisanstiegs sowie die Reform der Einkommens-, Unternehmens- und Umsatzsteuer vereinbart. Den Gewerkschaften wurde das Recht auf Organisation, Streik und Tarifverhandlungen zugesichert. Und nicht zuletzt wurden die regionalen Sprachen und Kulturen, die unter Franco verboten gewesen waren, wieder zugelassen.

Entscheidend waren aber nicht nur die Inhalte der Pakte, sondern der Sachverhalt, dass aus einander entgegengesetzten Interessen ein Kompromiss gebildet und in einem formellen Akt öffentlich zelebriert wurde. Ganz offensichtlich ist dieser Kompromiss heute nicht mehr tragfähig oder nicht mehr ausreichend. Er hatte jedenfalls nicht verhindern können, dass sich seit der Mitte der neunziger Jahre hinter hohen und stabilen Wachstumsraten eine kreditfinanzierte Spekulationsblase in der Immobilien- und Bauwirtschaft verbarg, die mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise platzen musste. Spanien braucht heute – so ist zu folgern – einen ähnlichen Pakt der Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, der Fehlentwicklungen wie die Spekulationsblase seit Mitte der neunziger Jahre ausschließt.

Ein aktuelles Programm des wirtschaftlichen Wandels setzt eine Bestandsaufnahme der Defizite des spanischen Wirtschaftsmodells voraus. Die wichtigsten dieser Defizite sind in der Analyse der PSOE-Ökonomen:

- Eine unzureichende internationale *Wettbewerbsfähigkeit*, die sich vor der Krise in einem kontinuierlichen und hohen Außenhandelsdefizit – dem höchsten nach den USA – niedergeschlagen hatte. Es war die unzureichende internationale Wettbewerbsfähigkeit, die dazu führte, dass Investitionen vor der Krise in die Bau- und Immobilienwirtschaft gelenkt wurden, denn diese ist nicht der internationalen Konkurrenz ausgesetzt.
- Die *Deindustrialisierung* der Wirtschaft. Die Industrie hatte im Jahre 2000 20,8 Prozent des Sozialprodukts ausgemacht; 2012 waren es 16,9 Prozent, gegenüber 19,3 Prozent im Durchschnitt der Eurozone. Die Industrie wurde von der Krise besonders hart getroffen: Seit 2007 gingen mehr als eine Million industrieller Arbeitsplätze verloren, das sind 31 Prozent der industriellen Beschäftigungsverhältnisse und 29 Prozent der in der Gesamtwirtschaft zerstörten Arbeitsplätze.
- Die unzureichende durchschnittliche *Größe der Unternehmen*. Wenig produktive Mikrounternehmen mit weniger als 10 Angestellten machen in Spanien 40 Prozent der Beschäftigung aus. Die geringe Größe der Unternehmen geht einher mit instabiler Beschäftigung, unzureichender Ausbildung, schwacher Innovationskraft und geringer Internationalisierung.
- Die unzureichende *Ausbildung der Arbeitnehmer*. Zwar gelten sowohl die Basis der Ausbildungspyramide, die Grundschulen, als auch deren Spitze, die Universitäten, als akzeptabel. Es mangelt aber an der Mitte, der beruflichen Ausbildung.
- Ein Qualitäts- und Unabhängigkeitsverlust der wichtigsten *Regulierungsbehörden*, den – aus der Sicht der PSOE – vor allem die Regierung der PP zu verantworten hat.
- Ein oligopolistisches System der *Erzeugung und Verteilung von Energie*, das die Energiekosten der Haushalte und Unternehmen in die Höhe treibt.

Für Sánchez und die PSOE steht die *Reindustrialisierung* im Zentrum des angestrebten wirtschaftlichen Wandels.



Auf der einen Seite ist dies wenig originell, da auch die EU-Kommission eine Reindustrialisierung Europas – eine Steigerung des Anteils der Industrie am BIP auf 20 Prozent bis 2020 – anstrebt. Auf der anderen Seite ist die von der PSOE geforderte Reindustrialisierung das Gegenmodell gegen die von der PP-Regierung praktizierte und von den EU-Institutionen geforderte *innere Abwertung*, mit der die »Wettbewerbsfähigkeit« des Landes durch Senkung der Lohnkosten verbessert werden soll. Die Strategie der inneren Abwertung würde auf eine Spezialisierung der spanischen Wirtschaft auf lohnintensive und nicht auf technologie- und innovationsintensive Branchen hinauslaufen. Dies hätte nicht nur eine Verarmung der Arbeitnehmer zur Folge, sondern im Bereich der Niedriglohnindustrien wäre Spanien auch auf Dauer gerade nicht »wettbewerbsfähig«, da es hier mit den Schwellen- und Entwicklungsländern konkurrieren müsste.

Theoretisch könnte eine Reindustrialisierung die wirtschaftlichen Probleme Spaniens lösen: Die Industrie erzeugt (anders als die Bauwirtschaft, deren Anteil am Sozialprodukt vor der Krise mehr als doppelt so hoch gewesen war wie im europäischen Durchschnitt) international *handelbare* Güter, so dass von einer Steigerung des Anteils der Industrie am Sozialprodukt ein Abbau des chronischen Außenhandelsdefizits und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten wäre. Die Industrie ist der Wirtschaftsbereich, in dem der Wettbewerb vor allem über technologische und organisatorische Innovationen geführt wird. Ein hoher Anteil der Industrie an der Wertschöpfung und ein hoher technologisch-organisatorischer Innovationsrhythmus scheinen also zwei Seiten derselben Medaille zu sein.

Die Frage »Wovon will Spanien leben?«, die in einem Positionspapier der PSOE gestellt wird, wird bislang allerdings nur sehr generell beantwortet.¹ Spanien soll den entwickelten Volkswirtschaften folgen, deren Wettbewerbsfähigkeit auf »intangiblen Produktionsfaktoren basiert, die mit Wissen verknüpft sind« (S. 6). Spanien soll eine »wissensbasierte« Wirtschaft hervorbringen, um auf diesem Weg dem Rückschritt in die Niedriglohnwirtschaft zu entgehen und die Forderung nach internationaler Wettbewerbsfähigkeit mit »Beschäftigungsverhältnissen hoher Qualität« vereinbar zu machen.

1. Agenda para la transición económica, 2014

1.2 Politischer Wandel

Die Wirtschaftskrise hat auch das Verhältnis der Spanier zur Politik infiziert. Umfragen belegen, dass die Wertschätzung der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen, von der Monarchie und der Justiz über die Gewerkschaften bis zu den politischen Parteien, dramatisch sinkt. Ganz offensichtlich wird »die Politik« als unfähig wahrgenommen, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen. Aber nicht nur die Krise, schon der Bau- und Immobilienboom vor 2007 hat die Defizite der spanischen Politik in ein grelles Licht gerückt: Entscheidungen über Bau- und Immobilienprojekte werden immer auch von (lokalen) Politikern mitentschieden; hinzu kam die enge Verflechtung der (lokalen und regionalen) Politik mit den lokalen und regionalen Sparkassen, die ihrerseits mit dem Bau- und Immobiliengeschäft verflochten waren, und für die (auf Druck der EU hin) der Markt für riskantere Bankgeschäfte geöffnet wurde.

Auch der Regierungswechsel von 2011 hat das Ansehen der Politik nicht verbessert. Die PP-Regierung hat sich als ebenso unfähig erwiesen, der Krise beizukommen, wie die vorhergegangene PSOE-Regierung. Es kommt hinzu, dass eine ganze Reihe von Skandalen bei vielen Bürgern die Wahrnehmung erzeugt hat, sie würden von korrupten Politikern regiert. Wenn *Podemos* Politiker beider großer Parteien als in sich geschlossene, vom Rest der Bevölkerung abgehobene »Kaste« bezeichnet, trifft dies bei vielen Wählern auf Zustimmung. In den Europawahlen vom Mai 2014 gewannen die beiden großen »Systemparteien« folgerichtig zusammen weniger als 50 Prozent der Stimmen.

In ihrem Einsatz für den politischen Wandel setzt die PSOE bislang vor allem auf den *Kampf gegen die Korruption*. Obwohl auch in der PSOE (und in den Gewerkschaften) Fälle von Korruption bekannt wurden, ist die PP weitaus stärker in derartige Skandale verwickelt. Im Abgeordnetenhaus stellte die PSOE ein Dokument mit dem Titel »Vorschläge für die Regenerierung der Demokratie und den Kampf gegen die Korruption« vor. Mit insgesamt 33 Vorschlägen wird eine Reform des Strafrechts durch die Einführung neuer Tatbestände, die Überarbeitung der bereits bestehenden Tatbestände und die Verschärfung der Strafen gefordert. Die PSOE tritt auch für die Einrichtung einer Anti-Korruptions-Behörde, eine genauere Überprüfung der Finanzen der Parteien sowie die Offenlegung der Vermögensverhältnisse der



Abgeordneten und Senatoren ein, vor der Annahme und nach der Abgabe ihres Mandats. Wie zu erwarten war, wurde das Vorhaben von der PP nicht unterstützt.

Die Konzentration der PSOE auf den Kampf gegen die Korruption ist nachvollziehbar, da die Korruptionsskandale das politische Klima nachhaltig vergiften. Aber weder ist die Korruption das einzige politische Problem Spaniens, noch wird sie sich allein durch Reformen des Strafrechts, neue Regeln der Offenlegung und die Einführung einer neuen Behörde aus der Welt schaffen lassen. Es gibt Schwachstellen in der Struktur und der Praxis der politischen Institutionen, einschließlich der Parteien, die sich mit der späten Demokratisierung erklären lassen, und die insgesamt ein Klima erzeugen, in dem Korruption möglich ist. Eine entsprechende Analyse des politischen Systems und der von ihm erzeugten politischen Kultur ist ebenso notwendig wie schwierig, denn für die PSOE müsste diese Analyse auch eine Selbst-Analyse sein, deren Ergebnisse die Stimmung nicht notwendigerweise anheben würden.

1.3 Verfassungsreform

Eine Reform der Verfassung Spaniens 36 Jahre nach ihrem Inkrafttreten ist schwierig: Die Verfassung, die aus dem erwähnten Pakt von Moncloa hervorging, gilt als Dokument demokratischer Reife. Sie wurde nur zweimal verändert, beide Male auf Druck von außen. 1992 wurde das vom Maastricht-Vertrag geforderte kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer eingeführt. Politisch weitaus umstrittener war die unter dem Druck der EU-Institutionen und vor allem Deutschlands erzwungene Einführung einer verfassungsmäßigen Schuldenbremse.

Der Bundesrat der PSOE, der sich aus allen regionalen Generalsekretären der Partei zusammensetzt, zog mit seiner »Erklärung von Zaragoza« die Grundlinien einer »partiellen Verfassungsreform«. Das Dokument bezieht sich auf die tiefe Krise, die die spanischen Institutionen durchmachen, und schlägt – vergleichbar dem Pakt von Moncloa – einen »neuen Pakt der Bürgerschaft« vor.

Das wichtigste Element einer Verfassungsreform ist die *Reform des Autonomiestatuts*. Der Konflikt zwischen dem spanischen Staat und der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien zeigt, dass der 1978 in der Verfassung niedergelegte Kompromiss zwischen Zentralstaat

und autonomen Regionen nicht mehr tragfähig ist. Zwar sind die Kompetenzen der autonomen Regionen vergleichbar mit denen der deutschen Bundesländer. Doch *erstens* ist der Zentralstaat in Spanien den Regionen normativ vorgeordnet. Die Autonomie ist eine *Konzession* des Staats an die Regionen, die theoretisch auch zurückgenommen werden könnte. *Zweitens* mangelt es an einer Institution, die die Autonomieregierungen an den gesamtstaatlichen Entscheidungen mitwirken ließe. Der spanische Senat erfüllt diese Aufgabe offenbar nicht. Und *drittens* ist die Verteilung der Kompetenzen wie der Finanzen ein Gegenstand von Verhandlungen zwischen Zentralstaat und Regionen, die höchst unterschiedliche Ergebnisse haben können. So genießen das Baskenland und Navarra uneingeschränkte Steuerhoheit, Katalonien aber nicht.

Die PSOE-Politiker gehen davon aus, dass die Einführung eines wirklich föderalen Systems, mit einer klaren und transparenten Verteilung der Steuerlasten und staatlichen Leistungen und einer funktionsfähigen Länderkammer der Unabhängigkeitsbewegung Kataloniens den Wind aus den Segeln nehmen würde. Damit ist aber nicht zu rechnen. Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung hat sich viel zu stark radikalisiert, als dass sie sich mit einer föderalen Reform abspesen ließe. Und gerade der katalanische Zweig der PSOE droht zwischen den Befürwortern und Gegnern der Unabhängigkeit zerrieben zu werden. Wie für *Podemos* sind PSOE und PP für die Protagonisten der Unabhängigkeit »Systemparteien« – hier im Sinne des spanischen Zentralstaats. Andererseits wäre eine föderale Reform der einzige »dritte Weg« zwischen der Bewahrung der territorialen Integrität Spaniens und der Sezession. Es ist daher nicht auszuschließen, dass diese Reform in einer noch nicht absehbaren Zukunft auch für die Katalanen akzeptabel wird.

Ein zweites Element der von der PSOE geforderten Verfassungsreform kommt dem gleich, was unter der Überschrift »politischer Wandel« bereits angesprochen wurde. Es handelt sich um die »*Regeneration der Demokratie*«, zu der unter anderem eine Begrenzung der Zahl der *aforados* gehört, der Personen also, die nur vom Obersten Gericht angeklagt werden können (hierzu gehören nicht nur der König und der Ex-König, sondern mehrere tausend Richter, Beamte usw.); die Abschaffung politisch motivierter Begnadigungen; eine härtere Bestrafung von Korruptionsdelikten; eine höhere Transparenz bei der Finanzierung der Parteien und die Öffnung neuer



Partizipationschancen für die Bürger. Das dritte Element einer Verfassungsreform wäre die *Einführung neuer Grundrechte*, unter anderem auf Gesundheitsversorgung, Soziale Sicherung, Gleichbehandlung, öffentliche Bildung und soziale Dienstleistungen.

Im November ging Pedro Sánchez mit einem zusätzlichen Reformvorschlag an die Öffentlichkeit: Die 2011 in der Verfassung verankerte Schuldenbremse soll überdacht werden. Sánchez will die entsprechenden Paragraphen nicht abschaffen, aber relativieren: Die Schuldenfreiheit soll keinen Vorrang vor Wachstum und Beschäftigung haben.

Wie wohl in fast allen Ländern ist auch in Spanien eine Reform der Verfassung nur mit einer qualifizierten Mehrheit des Parlaments möglich. Das heißt, die PP müsste diese Reform mittragen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf eine Reform des Autonomiestatuts wenig wahrscheinlich. Die Identitätsbildung der spanischen Rechten ist weder durch eine anti-europäische Haltung, noch die Begrenzung der Immigration, sondern durch die Begrenzung der Autonomie der Regionen bestimmt. Der spanische Zentralstaat und die »unteilbare spanische Nation« sind das Tabu der spanischen Rechten. Insofern wirkt auch in dieser Hinsicht der Franquismus, der die nicht-spanischen Sprachen und Kulturen untersagt hatte, nach. Allerdings geht es nicht nur um die PP: Heute lässt sich kaum voraussagen, welche Mehrheiten aus den kommenden Parlamentswahlen hervorgehen werden. Es ist nicht einmal sicher, dass PSOE und PP zusammen 2016 eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erzielen.

2. Eine neue Konstellation der Parteien

Alle Vorgänger von Pedro Sánchez agierten im Rahmen eines stabilen Zweiparteiensystems, das von der PSOE und der konservativen Volkspartei (PP) dominiert wurde. PSOE und PP lösten einander regelmäßig an der Regierung ab, manchmal unterstützt von Parteien mit regionaler Basis wie der katalanischen »Konvergenz und Union« (CiU) oder der baskischen Nationalpartei (PNV). Die beiden anderen Parteien, die auf nationaler Ebene antraten, die Kommunisten bzw. die von ihnen geführte Vereinigte Linke (IU) und die erst vor wenigen Jahren gegründete sozialliberale Partei für Fortschritt und Demokratie (UPyD), waren zu schwach, um die Mechanik

des Zweiparteiensystems außer Kraft zu setzen oder auch nur zu stören.

Die globale Krise, die 2007–2008 auch (und mit besonderer Härte) Spanien traf, hat viele etablierte Institutionen des Landes infiziert. Dies gilt für Fragen des Staatsaufbaus – wie die Frage des Verhältnisses des Zentralstaats zu den autonomen Regionen –, die Monarchie und eben auch das Parteiensystem. Aus dem Zweiparteiensystem ist *de facto* ein Dreiparteiensystem geworden. Die neue Kraft in der spanischen Politik heißt *Podemos* (»Wir können es«), eine Partei, die meist als linkspopulistisch bezeichnet wird, die sich aber einer präzisen Definition entzieht. *Podemos* gewann in den Europawahlen vom Mai 2014 aus dem Stand acht Prozent der Wählerstimmen und fünf Mandate im Europaparlament. Heute ist sie Umfragen zufolge die (je nach Umfrage) stärkste, zweitstärkste oder drittstärkste Partei des Landes. PSOE, PP und *Podemos* genießen die Unterstützung von jeweils 20 bis 30 Prozent der Wähler (mit schwindender Bedeutung der IU und der UPyD). Allerdings sind die drei dominierenden Kräfte »strukturell« nicht koalitionsfähig. PSOE und PP können nicht koalieren, weil die PP ihre franquistischen Grundlagen noch nicht überwunden hat; im Grunde reproduzierten sich in der Konkurrenz zwischen PSOE und PP die Fronten des Bürgerkriegs, die in Spanien auf eine merkwürdige Weise präsent blieben. *Podemos* dagegen kann weder mit der PP noch mit der PSOE koalieren, weil die Partei in den Politikern beider Parteien (»PPSOE«) eine politische »Kaste« sieht, die der eigentliche Gegner ist. Die Konfrontation mit der »Kaste« macht den Kern der (ansonsten recht schwammigen) Identität von *Podemos* aus.

Podemos hat sich sowohl in ihrer rudimentären Programmatik als auch in der Form ihrer inneren Organisation und Identität als außerordentlich ambivalent erwiesen. Zu den Europawahlen trat die neue Partei mit einem explizit linken Programm an und forderte unter anderem die Streichung der Auslandsschulden, eine bedingungslose Grundsicherung für alle Spanier und einen Renteneintritt mit 60 Jahren. Im Europäischen Parlament schloss sich *Podemos* folgerichtig der Parteienfamilie der Vereinigten Europäischen Linken an. In den folgenden Monaten blieb *Podemos* dagegen profllos; so wandte sich die Partei nicht gegen die vorgesehene reaktionäre Reform des Abtreibungsrechts, wahrscheinlich weil die Führungsgruppe vermutete, dass sich ihre potentiellen Wähler aus allen Parteien rekrutierten, einschließlich der PP, deren

Anhänger man nicht abschrecken wollte. Im November schließlich trat die Partei mit einem Wirtschaftsprogramm an, das zwei Ökonomie-Professoren in ihrem Auftrag geschrieben hatten und das als genuin »sozialdemokratisch«, orientiert an der Sozialdemokratie Skandinaviens, präsentiert wird. Damit greift Podemos die PSOE nicht nur auf deren ureigenem Territorium, sondern auch mit deren eigenen Waffen an.

In ihrer Identität sieht sich *Podemos* als Erbe der *Indignados*, jener »empörten« jungen Leute, die 2011 auf den Hauptplätzen der spanischen Städte kampierten, gegen die »Kaste« opponierten und sich von keiner etablierten Kraft repräsentiert sehen wollten. Dieses Erbe der *Indignados* spiegelt sich in der Strukturlosigkeit der Partei wider, die weder Mitgliedsbücher noch Parteizentralen kennt. *Podemos* setzt sich aus mittlerweile 1.000 offenen »Kreisen« zusammen, an denen sich jeder beteiligen kann, der über eine E-Mail-Adresse verfügt, und die sich physisch nicht in Parteilokalen treffen, sondern auf der Straße und den öffentlichen Plätzen. Mit dieser basisdemokratischen Strukturlosigkeit kontrastiert allerdings der Sachverhalt, dass die neue Partei *de facto* von einer kleinen Gruppe geführt wird, deren Mitglieder vorwiegend aus der Fakultät für Politikwissenschaften an der Universität Complutense stammen und von denen viele einen Hintergrund in der kommunistischen Partei, in der Anti-Globalisierungs-Bewegung und – dies vor allem – im Venezuela von Hugo Chávez und Nicolás Maduro haben.

Podemos wächst auf Kosten aller Parteien, vor allem aber auf Kosten der PSOE. Fast alle *Podemos*-Wähler haben Umfragen zufolge schon einmal PSOE gewählt, und eine Mehrheit kann sich vorstellen, dies auch wieder zu tun. Damit ist die PSOE in eine Situation geraten, in der sie einen Zweifrontenkrieg führen muss, gegen die PP und gegen *Podemos*. Und *Podemos* ist nicht irgendeine neue Linkspartei, sondern die Kraft, die die aus der Krise resultierenden negativen Energien bündelt und instrumentalisiert. Die PSOE dagegen kann in der Tat mit dem »System« identifiziert werden, immerhin hat sie das Land 21 Jahre lang regiert (die PP bringt es bislang nur auf elf Jahre) und kann damit sowohl für die Erfolge als auch für die Defizite der Entwicklung Spaniens verantwortlich gemacht werden. In Zeiten der Krise allerdings werden vor allem die Defizite wahrgenommen, während kaum noch jemand von den einstigen Erfolgen Spaniens spricht.

3. Ausblick: Was wird aus der *transición*?

Die PSOE präsentiert sich weiterhin als Kraft der *transición*. Die *transición* soll fortgesetzt und nach dem Vorbild der Moncloa-Pakte auf die Wirtschaft übertragen werden. Die geforderte Reform der Verfassung soll »partiell« sein, die Verfassung von 1978 soll insgesamt weiterhin Bestand haben. Hier liegt der grundlegende Unterschied zu *Podemos*. In der Sache liegen die Programme von PSOE und *Podemos* (bzw. was sich bei *Podemos* als Programm ausmachen lässt) gar nicht so weit auseinander. Die radikale Differenz liegt in der Bewertung der *transición*. Für die PSOE müssen einige Grundzüge des auf der *transición* basierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems erneuert werden, *Podemos* dagegen will das ganze korrupte Kastensystem, das aus der *transición* hervorgegangen ist, abschaffen. Man könnte hierin einen Generationenkonflikt sehen, einen Konflikt zwischen denen, die sich noch an die Erfahrung der Befreiung nach dem Sturz des Franquismus erinnern, und denen, die erst nach dem Tode Francos geboren wurden. Doch die Führungsfiguren der PSOE sind nicht viel älter als die der *Podemos*. Vielmehr geht es um diametral einander entgegengesetzte Interpretationen der Vergangenheit seitens der (mehr oder weniger) selben Generation. Ist der positiv bewertete Prozess der *transición* auf Abwege geraten und muss (mit den Mitteln und Zielen der *transición*) korrigiert werden? Oder ist die schlechte Gegenwart ein notwendiges Resultat eines von vornherein fehlgeleiteten Übergangs? An der Beantwortung dieser Frage könnten sich die nächsten Wahlen entscheiden.



Über die Autoren

Dr. Michael Ehrke ist Leiter des Büros Madrid der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Carlos Iribarren ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro Madrid der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Monitor Soziale Demokratie«.
Redaktion: Ernst Hillebrand, ernst.hillebrand@fes.de; Redaktionsassistentin: Sabine Dörfler, sabine.doerfler@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.